



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 145. Ratssitzung vom 18. Juni 2025

4734. 2025/203

**Dringliches Postulat von Flurin Capaul (FDP), Marita Verbali (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) vom 21.05.2025:
Entwicklung der Sachbeschädigungen mit Fussballbezug, stärkere Einbindung der Clubs in die Verantwortung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Flurin Capaul (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4625/2025): Vor wenigen Wochen diskutierten wir dieses Thema ausführlich. Was hat sich seither geändert? Wenn man sich für das Mandat im Gemeinderat bewirbt, sieht man bei allen dasselbe: Man will sich als Gemeinderat für Zürich einsetzen, um die besten Lösungen ringen. Fast alle bezeichnen sich als Brückenbauer oder Brückenbauerin. Jetzt haben Sie die Chance zu zeigen, dass das keine leeren Worte sind. Sie warfen uns letztes Mal vor, dass wir in unserem Postulat straf- und verwaltungsrechtliche Aspekte vermischten. Wir haben auf Sie gehört und die strafrechtlichen Aspekte aus dem Postulat gestrichen. Mit diesen Änderungen erklärte sich der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Er ist also bereit, Massnahmen zu prüfen, weil die Bevölkerung genug von Schmierereien, Graffitis und Klebern hat, die im Zusammenhang mit dem Profi-Fussball überall zu sehen sind. Heute entscheiden Sie, ob Sie diesen Zustand weiterhin dulden oder sicherstellen wollen, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten wird.

Severin Meier (SP) begründet den namens der SP-Fraktion am 4. Juni 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Ich bin froh, dass Flurin Capaul (FDP) begründet hat, weshalb die FDP noch einmal ein sehr ähnliches Postulat eingereicht hat. Wenn ich es richtig verstehe, seid ihr davon ausgegangen, dass wir ein Problem mit den strafrechtlichen Aspekten und Kollektivstrafen hätten. Das ist eine Fehlinterpretation. Uns stört, dass einem Club etwas angelastet werden kann, ohne zu wissen, ob es eine Vertreterin oder ein Vertreter des Clubs war oder ob der Club das sinnvoll findet. Es handelt sich um grundsätzliche rechtsstaatliche Überlegungen und nicht um strafrechtliche. Brückenbauer zu sein, würde beinhalten, dass man auf uns zukommt. Wir haben das Postulat aber bis zur Einreichung nicht gesehen. Unsere Argumente bleiben auch auf dieses Postulat bezogen dieselben. Deshalb verweise ich auf das Protokoll der letzten Debatte zum Thema.



Sandra Gallizzi (EVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir sehen es wie die FDP. Es sollen Massnahmen geprüft werden. Wir möchten aber den letzten Satz streichen, der verlangt, dass dem Gemeinderat ein Bericht darüber vorgelegt werden soll. Es braucht keinen vorgängigen separaten Bericht. Uns ist wichtig, dass eine Umsetzung stattfindet.*

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): *Es ist der x-te Vorstoss. Aber wie wir wissen, gab es eine Eskalation, auf die ich später eingehen werde. Es gibt Sachschäden an der privaten und öffentlichen Infrastruktur in der Höhe von Tausenden Franken. Die Lösung wird nicht im Gemeinderat, bei den Fussballclubs oder dem Schweizerischen Fussballverband (SFV) gefunden werden. Trotz der Meldungen über eskalierende Gewalt und Sachbeschädigungen tragen diese Gremien nichts zur Lösung bei. Das Problem sollte im Amtshaus 1 gelöst werden. Allerdings übt man sich dort in Arbeitsverweigerung, Untätigkeit oder im Fall von STR Karin Rykart Unfähigkeit. Das Fass ist schon früher überlaufen. Mit der Schändung der Lindenhofmauer durch sogenannte Fans des Fussballclubs Zürich (FCZ) war das Zeichen der Macht über mehrere Tage in der ganzen Welt zu sehen. Es sorgte in den Sozialen Medien für viel Aufruhr. Im November 2020 gab es auf nationaler Ebene eine Initiative: die «Volksinitiative für verantwortungsvolle Unternehmen» zum Schutz von Mensch und Umwelt. Deren Kernsatz lautete: «Insbesondere sollen Schweizer Unternehmen künftig nicht mehr nur für eigenes Fehlverhalten haften.» Der Auszug aus dem Handelsregister des Kantons Zürich – Nummer CHE-100.413.101 lautend auf «Betriebsgesellschaft FCZ AG» – zeigt, dass der FCZ aus rechtlicher Sicht eine Firma ist. Der Stadtrat hat also einen Hebel gegen die Chaoten und Fussballclubs. Es geht ums Umsetzen.*

Christine Huber (GLP): *Nach dem Postulat GR Nr. 2025/137 behandeln wir ein neues Postulat der FDP zum Thema Sachbeschädigungen mit Fussballbezug und wie die Clubs stärker in die Verantwortung genommen werden sollen. Die GLP sagt auch zu diesem Postulat Nein. Uns überzeugt der Inhalt nicht. Wir sind immer noch gegen Kollektivstrafen und -haftung. Das Mass an tolerierbaren Graffitis, Tags und Klebern wurde erreicht, aber die Lösung muss eine andere sein. Wir würden bei der Fanarbeit ansetzen.*

Flurin Capaul (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden: *Im Sinne von «miteinander um Lösungen ringen» nehmen wir die Textänderung an.*

Stefan Urech (SVP): *Ich amüsierte mich über die Argumentation von Severin Meier (SP) und der linken Seite. Man sei nicht einverstanden, die Verantwortung für eine Tat einer Institution oder einem Verein zuzuschreiben, ohne sicher zu sein, dass es so sei. Im Gemeinderat wird aber jedes Unheil, das in Zürich passiert, der SVP zugeschrieben. Wenn eine Gruppe namens «Junge Tat» etwas veranstaltet, ist die SVP schuld. Wenn ein Schwuler oder ein Ausländer bedrängt wird, ist die SVP schuld. Selbst wenn im Kanton Graubünden ein Geissbock über einen Stein stolpert, ist die SVP schuld. Sie scheuen sich nicht davor zurück, uns etwas zuzuschreiben; aber wenn jemand FCZ an die Lindenhofmauer sprayt oder in Schulzimmern Bälle verteilt, auf denen FCZ-Südkurve steht, sei es schwierig, dieses Verhalten einer Institution zuzuordnen. Würden Sie auch sonst*



3 / 3

mit diesem Massstab agieren, könnten wir im Rat entspanntere Debatten führen.

Moritz Bögli (AL): *Der Staat kann nicht jemanden für etwas verantwortlich machen, das andere Leute tun. Verwaltungsrechtliche Massnahmen sind genau das, was Sie letztes Mal schon gefordert haben. Deshalb können wir uns die Diskussion sparen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Wir wissen, weshalb Sie sich dagegen wehren, die Chaoten stärker in die Pflicht zu nehmen. Wenn man es bei den FCZ-Chaoten machen kann, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass auch bei den Linksradikelel genauer hingeschaut und härter durchgegriffen würde. Ihnen geht es nicht um den Rechtsstaat. Ihnen geht es darum, dass auch in Zukunft Ihnen nahestehende politische Gruppen den Rechtsstaat brechen können. Wir stimmen bald über die zweite Konzernverantwortungsinitiative ab, die genau das verlangt: dass Firmen mit Sitz in der Schweiz für etwas verantwortlich gemacht werden können, das bei einem Zwischenhändler in Peru passiert. Sprechen Sie sich konsequenterweise also auch gegen diese Initiative aus.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie für die Entwicklung der Sachbeschädigungen mit Fussballbezug (namentlich Kleber, Graffitis und Tags) die Clubs stärker in die Verantwortung genommen werden können. Als mögliche Massnahmen soll das das Einbehalten von städtischen Mitteln und/oder weitere griffige verwaltungsrechtliche Massnahmen geprüft werden. Allenfalls sind auch neue präventive Formate möglich. Wichtiger als die konkrete Form der Massnahme sind eine messbare Wirkung in den nächsten 24 Monaten. Dem Gemeinderat ist ein Bericht darüber vorzulegen.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 43 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat